

**No. 29398**

---

**AUSTRIA  
and  
CZECHOSLOVAKIA**

**Agreement concerning simplified procedures for frontier clearance in railway, road and shipping traffic. Signed at Vienna on 17 June 1991**

*Authentic texts: German and Czech.*

*Registered by Austria on 18 December 1992.*

---

**AUTRICHE  
et  
TCHÉCOSLOVAQUIE**

**Accord visant à faciliter le contrôle frontalier du trafic ferroviaire, routier et des voies navigables. Signé à Vienne le 17 juin 1991**

*Textes authentiques : allemand et tchèque.*

*Enregistré par l'Autriche le 18 décembre 1992.*

## [GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND]

## ABKOMMEN ZWISCHEN DER REPUBLIK ÖSTERREICH UND DER TSCHECHISCHEN UND SLOWAKISCHEN FÖDERATIVEN RE- PUBLIK ÜBER ERLEICHTERUNGEN DER GRENZABFERTI- GUNG IM EISENBAHN-, STRASSEN- UND SCHIFFSVERKEHR

Die Republik Österreich und die Tschechische und Slowakische Föderative Republik sind in der Absicht, die Grenzabfertigung im Eisenbahn-, Straßen- und Schiffsverkehr zwischen ihren beiden Staaten zu erleichtern und zu beschleunigen, wie folgt übereingekommen:

### ABSCHNITT I

#### Allgemeine Bestimmungen

##### Artikel 1

Im Sinne dieses Abkommens bedeuten:

1. „Grenzabfertigung“  
die Vollziehung aller Rechtsvorschriften der Vertragsstaaten, die aus Anlaß des Grenzübertretes von Personen sowie der Ein-, Aus- und Durchfuhr von Gütern anzuwenden sind;
2. „Gebietsstaat“  
den Vertragsstaat, auf dessen Hoheitsgebiet die Grenzabfertigung des anderen Vertragsstaates vorgenommen wird;
3. „Nachbarstaat“  
den anderen Vertragsstaat;
4. „Zone“  
den Bereich des Gebietsstaates, in dem die Bediensteten des Nachbarstaates berechtigt sind, die Grenzabfertigung vorzunehmen;
5. „Bedienstete“  
die Personen, die als Organe der für die Grenzabfertigung zuständigen Behörden ihren Dienst ausüben, sowie die mit der Dienstaufsicht beauftragten Personen;
6. „Güter“  
Waren, Beförderungsmittel und Werte, die den Devisenbestimmungen unterliegen.

##### Artikel 2

(1) Die Vertragsstaaten werden im Rahmen dieses Abkommens die Grenzabfertigung im Eisenbahn-, Straßen- und Schiffsverkehr erleichtern und beschleunigen.

- (2) Zu diesem Zweck werden im Gebietsstaat  
1 Grenzabfertigungsstellen des Nachbarstaates errichtet, und wird

2. auf bestimmten Strecken die Grenzabfertigung in Verkehrsmitteln während der Fahrt eingeführt.

(3) Die Bediensteten des Nachbarstaates sind berechtigt, die Grenzabfertigung gemäß diesem Abkommen im Gebietsstaat vorzunehmen.

(4) Die zuständigen Zentralbehörden der Vertragsstaaten bestimmen durch Vereinbarung

1. die Errichtung, Änderung oder Aufhebung der im Absatz 2 genannten Grenzabfertigungsstellen,
2. die Strecken, auf denen die Bediensteten des Nachbarstaates im Gebietsstaat
  - a) die Grenzabfertigung in Verkehrsmitteln während der Fahrt durchführen dürfen,
  - b) festgenommene oder zurückgewiesene Personen sowie sichergestellte Güter oder Beweismittel in ihren Staat verbringen oder zu einer anderen Grenzabfertigungsstelle ihres Staates begleiten dürfen, und
3. die Zonen.

##### Artikel 3

(1) Die Zone kann umfassen:

1. im Eisenbahnverkehr
  - a) Teile von Bahnhöfen und sonstigen Eisenbahnanlagen (Artikel 2 Absatz 2 Ziffer 1); die Zone umfaßt jedenfalls die Bahnstrecke zwischen der Staatsgrenze und der Grenzabfertigungsstelle;
  - b) bei der Grenzabfertigung während der Fahrt den Zug auf der gemäß Artikel 2 Absatz 4 Ziffer 2 lit. a bestimmten Bahnstrecke sowie Teile der Bahnhöfe, die der Zug durchfährt;
2. im Straßenverkehr Teile von Dienstgebäuden, Straßenabschnitte und sonstige Anlagen; die Zone umfaßt jedenfalls die Straße zwischen der Staatsgrenze und der Grenzabfertigungsstelle;
3. im Schiffsverkehr
  - a) Teile der Dienstgebäude, der Wasserstraße sowie der Ufer- und Hafenanlagen; die Zone umfaßt jedenfalls die Wasserstraße

zwischen der Staatsgrenze und der Grenzabfertigungsstelle;

- b) bei der Grenzabfertigung während der Fahrt das Schiff auf der gemäß Artikel 2 Absatz 4 Ziffer 2 lit. a bestimmten Wasserstraße, sowie Teile der Gebäude und Anlagen an dieser Wasserstraße.

(2) Bei den Amtshandlungen gemäß Artikel 2 Absatz 4 Ziffer 2 lit. b sind die festgelegten Strecken der Zone rechtlich gleichgestellt.

(3) Die für die Grenzabfertigung und den Eisenbahnverkehr zuständigen Behörden der Vertragsstaaten bestimmen, in welchen Reisezügen die Grenzabfertigung während der Fahrt vorgenommen wird.

## ABSCHNITT II

### Grenzabfertigung

#### Artikel 4

(1) In der Zone gelten für die Grenzabfertigung des Nachbarstaates alle Rechtsvorschriften dieses Staates über den Grenzübergang von Personen und über die Ein-, Aus- und Durchfuhr von Gütern; sie werden von den Bediensteten des Nachbarstaates im gleichen Umfang und mit denselben Folgen wie im eigenen Staatsgebiet durchgeführt.

(2) Die in der Zone von den Bediensteten des Nachbarstaates durchgeführten Amtshandlungen gelten als in der Gemeinde des Nachbarstaates durchgeführt, in deren Gebiet sich der zugehörige Grenzübergang befindet.

(3) Die in der Zone begangenen Verstöße gegen die im Absatz 1 genannten Rechtsvorschriften des Nachbarstaates gelten als in der im Absatz 2 genannten Gemeinde begangen.

(4) Im übrigen gilt das Recht des Gebietsstaates.

#### Artikel 5

(1) Zu den Befugnissen nach Artikel 4 Absatz 1 gehört auch das Recht der Festnahme und zwangsweisen Zurückstellung. Die Bediensteten des Nachbarstaates sind jedoch nicht befugt, Angehörige des Gebietsstaates auf dessen Gebiet festzunehmen, in Haft zu halten oder in den Nachbarstaat zu verbringen. Sie dürfen aber diese Personen der eigenen vorgeschobenen Grenzabfertigungsstelle oder, wenn eine solche nicht besteht, der Grenzabfertigungsstelle des Gebietsstaates zur schriftlichen Aufnahme des Sachverhaltes zwangsweise vorführen.

(2) Bei Maßnahmen gemäß Absatz 1 ist unverzüglich ein Bediensteter des Gebietsstaates hinzuzuziehen.

(3) Das Asylrecht des Gebietsstaates bleibt unberührt.

#### Artikel 6

(1) In der Zone ist die Grenzabfertigung des Ausgangsstaates vor der Grenzabfertigung des Eingangsstaates durchzuführen, es sei denn, daß auf die Grenzabfertigung des Ausgangsstaates verzichtet wird.

(2) Im Eisenbahn- und im Schiffsverkehr dürfen bereits nach Beginn der Grenzabfertigung des Ausgangsstaates die Bediensteten des Eingangsstaates die Grenzabfertigung der von den Bediensteten des Ausgangsstaates bereits abgefertigten Personen und Güter durchführen.

(3) Nach Beginn der Eingangsabfertigung sind die Bediensteten des Ausgangsstaates nicht mehr berechtigt, Grenzabfertigungshandlungen vorzunehmen. Wenn sich jedoch nach Beginn der Eingangsabfertigung der Verdacht einer gerichtlich strafbaren Handlung ergibt oder nachträglich bekannt wird, daß sich eine Person, nach der zur Festnahme gefahndet wird, in der Zone befindet, sind die Bediensteten des Ausgangsstaates nach vorheriger Benachrichtigung der Bediensteten des Eingangsstaates berechtigt, Grenzabfertigungshandlungen zu wiederholen.

#### Artikel 7

(1) Die Bediensteten der Vertragsstaaten dürfen einvernehmlich von der im Artikel 6 Absatz 1 vorgesehenen Reihenfolge abweichen, wenn es im Interesse einer raschen Grenzabfertigung geboten ist. In diesen Fällen dürfen die Bediensteten des Eingangsstaates Festnahmen oder Beschlagnahmen erst nach Beendigung der Grenzabfertigung des Ausgangsstaates vornehmen. Sie führen, wenn sie eine solche Maßnahme treffen wollen, die betreffenden Personen und Güter den Bediensteten des Ausgangsstaates zu, wenn die Grenzabfertigung des Ausgangsstaates hinsichtlich dieser Personen und Güter noch nicht beendet ist. Wollen die Bediensteten des Ausgangsstaates ihrerseits Festnahmen oder Beschlagnahmen vornehmen, so gebührt ihnen der Vorrang.

(2) Die von den Bediensteten des Nachbarstaates bei der Grenzabfertigung im Gebietsstaat eingenommenen oder zum dienstlichen Gebrauch mitgeführten Geldbeträge und die beschlagnahmten oder eingezogenen Güter dürfen in den Nachbarstaat verbracht werden.

#### Artikel 8

(1) Güter, die bei der Ausgangsabfertigung von den Bediensteten des Nachbarstaates in diesen zurückgewiesen oder vor Beginn der Eingangsabfertigung des Gebietsstaates auf Veranlassung der hierzu berechtigten Person in den Nachbarstaat zurückgeführt werden, unterliegen weder den

Ausfuhrvorschriften noch der Ausgangsabfertigung des Gebietsstaates.

(2) Personen, die von den Bediensteten des Eingangsstaates zurückgewiesen werden, darf die Rückkehr in den Ausgangsstaat nicht verweigert werden. Desgleichen darf die Wiedereinfuhr von Gutern in den Ausgangsstaat, deren Einfuhr von den Bediensteten des Eingangsstaates abgelehnt wird, nicht verweigert werden.

(3) Bei Durchführung der im Absatz 2 genannten Maßnahmen werden die Bediensteten der Vertragsstaaten einander informieren und zusammenarbeiten.

### ABSCHNITT III

#### Bedienstete

##### Artikel 9

(1) Die Bediensteten des Nachbarstaates dürfen vorbehaltlich des Absatzes 2 auf Grund eines mit Lichtbild versehenen Dienstausweises zur Ausübung ihres Dienstes im Gebietsstaat die Staatsgrenze an allen gemeinsamen Grenzübergängen überschreiten. Dieser Ausweis berechtigt die Bediensteten, sich zur Zone (Artikel 1 Ziffer 4) zu begeben, sich darin aufzuhalten und von dort in den Nachbarstaat zurückzukehren.

(2) Die Bediensteten des Nachbarstaates, die im Gebietsstaat die Grenzabfertigung im Eisenbahn- oder Schiffsverkehr vornehmen, müssen im Besitz eines Dienstausweises und eines zweisprachig gehaltenen Dienstauftrages sein. Der Dienstauftrag hat Namen, Datum und Ort der Geburt sowie die Nummer des Dienstausweises und die Zone (Artikel 1 Ziffer 4) zu enthalten.

(3) Einreiseverbote gegen einzelne Bedienstete des Nachbarstaates bleiben von dieser Regelung unberührt. In einem solchen Fall ist der Behörde des Nachbarstaates, die den Dienstausweis oder den Dienstauftrag ausgestellt hat, hiervon unverzüglich Mitteilung zu machen.

##### Artikel 10

(1) Der Gebietsstaat gewährt den Bediensteten des Nachbarstaates bei der Ausübung ihres Dienstes in der Zone den gleichen Schutz und Beistand wie den eigenen Bediensteten. Die strafrechtlichen Bestimmungen des Gebietsstaates zum Schutz von Bediensteten und ihren Amtshandlungen sind auch auf strafbare Handlungen anzuwenden, die im Gebietsstaat gegen Bedienstete des Nachbarstaates während der Ausübung ihres Dienstes oder in Beziehung auf diesen Dienst begangen werden.

(2) Von strafbaren Handlungen, die von einem Bediensteten des Nachbarstaates im Gebietsstaat begangen werden, ist die Dienstbehörde des

Bediensteten durch die zuständige Behörde des Gebietsstaates unverzüglich zu benachrichtigen.

(3) Zur Entscheidung über die Ansprüche auf Ersatz von Schaden, die von Bediensteten des Nachbarstaates in Vollziehung der Gesetze in der Zone verursacht worden sind, sind die Gerichte des Nachbarstaates zuständig. Diese Ansprüche sind nach dem Recht dieses Nachbarstaates zu beurteilen.

##### Artikel 11

Die Bediensteten des Nachbarstaates dürfen in Ausübung ihres Dienstes im Gebietsstaat sowie auf dem Weg zur Zone und zurück ihre Dienstkleidung, Dienstabzeichen und Dienstwaffe tragen und die erforderliche Dienstausrüstung sowie Diensthunde mitführen. Von der Waffe dürfen sie jedoch nur im Falle der Notwehr Gebrauch machen.

##### Artikel 12

(1) Wird ein Bediensteter des Nachbarstaates im Gebietsstaat während der Ausübung seines Dienstes oder in Beziehung auf diesen Dienst getötet oder verletzt oder wird eine Sache, die er mit sich führt oder an sich trägt, beschädigt oder vernichtet, so sind die Ansprüche auf Ersatz dieser Schäden nach dem Recht des Nachbarstaates zu beurteilen.

(2) Zur Entscheidung über Schadenersatzansprüche nach Absatz 1 sind die Gerichte jenes Vertragsstaates zuständig, in dem das den Schaden verursachende Verhalten gesetzt worden ist oder in dem der Schädiger seinen gewöhnlichen Aufenthalt hat. Zuständig ist auch das Gericht, in dessen Sprengel der Kläger seinen gewöhnlichen Aufenthalt hat.

(3) Rechtskräftige Entscheidungen, die über Schadenersatzansprüche nach Absatz 1 von einem Gericht eines der Vertragsstaaten gefällt worden sind, und Vergleiche, die vor einem solchen Gericht über solche Schadenersatzansprüche geschlossen worden sind, werden — vorbehaltlich Absatz 4 — im anderen Vertragsstaat anerkannt und, soweit diese Entscheidungen oder Vergleiche vollstreckbar sind, vollstreckt.

(4) Die Anerkennung und Vollstreckung darf versagt werden, wenn

- a) sie mit der öffentlichen Ordnung jenes Staates, in dem die Entscheidung oder der Vergleich geltend gemacht wird, offensichtlich unvereinbar ist,
- b) das Gericht zur Entscheidung nach Absatz 2 nicht zuständig war oder der Vergleich vor einem nach Absatz 2 unzuständigen Gericht geschlossen worden ist,
- c) in derselben Sache zwischen denselben Parteien das Gericht jenes Vertragsstaates

- schon früher rechtskräftig entschieden hat, in dem die Entscheidung oder der Vergleich geltend gemacht wird, oder die Parteien schon früher vor dem Gericht des Staates, in dem die Entscheidung oder der Vergleich geltend gemacht wird, in derselben Sache einen Vergleich geschlossen haben.
- d) ein Verfahren zwischen denselben Parteien wegen desselben Gegenstandes vor einem Gericht des Staates früher anhängig gemacht worden ist, in dem die Entscheidung geltend gemacht wird,
- e) der Partei, gegen die die Entscheidung gerichtet ist, die Möglichkeit, sich ordnungsgemäß an dem Verfahren zu beteiligen, genommen war.

#### ABSCHNITT IV

##### Grenzabfertigungsstellen

###### Artikel 13

Die Abfertigungsbefugnisse und die Abfertigungszeiten der Grenzabfertigungsstellen der Vertragsstaaten sind möglichst übereinstimmend festzusetzen.

###### Artikel 14

(1) Vergütungen für die Benützung der für die Grenzabfertigungsstellen des Nachbarstaates im Gebietsstaat benötigten Anlagen im Eisenbahn-, Straßen- und Schiffsverkehr werden zivilrechtlich vereinbart.

(2) Die Eisenbahnen und die Schiffsverkehrsunternehmen haben die Bediensteten, die die Grenzabfertigung während der Fahrt durchzuführen haben, unentgeltlich zu befördern und ihnen die erforderlichen Zugsabteile oder Schiffskabinen unentgeltlich zur Verfügung zu stellen.

###### Artikel 15

(1) Die für die Grenzabfertigungsstellen des Nachbarstaates bestimmten Räume sind durch Amtsschilder und Hoheitszeichen kenntlich zu machen.

(2) Die Aufschriften an den Dienstraumen der Bediensteten des Nachbarstaates sind in deutscher und tschechischer oder slowakischer Sprache anzubringen.

###### Artikel 16

Gegenstände, die zum dienstlichen Gebrauch der Grenzabfertigungsstellen oder zum Bedarf der Bediensteten des Nachbarstaates während des Dienstes im Gebietsstaat bestimmt sind, sind von allen Ein- und Ausgangsabgaben befreit und sind nicht bewilligungspflichtig. Es sind keine Sicherhei-

ten zu leisten. Wirtschaftliche Verbote und Beschränkungen in der Ein- und Ausfuhr sind auf diese Gegenstände nicht anzuwenden. Das gleiche gilt für Dienstfahrzeuge und für Fahrzeuge der Bediensteten, die zur Ausübung des Dienstes vorübergehend in den Gebietsstaat eingebracht werden.

###### Artikel 17

(1) Der Gebietsstaat wird die Errichtung und den Betrieb der ausschließlich für die Tätigkeit der vorgeschobenen Grenzdienststellen erforderlichen Fernmeldeanlagen sowie deren Verbindung mit den entsprechenden Anlagen des Nachbarstaates gebührenfrei bewilligen, vorbehaltlich der Erstattung etwaiger Kosten für Errichtung und Miete. Der Betrieb dieser Fernmeldeanlagen gilt als interner Verkehr des Nachbarstaates. Hinsichtlich der Vergütung für die Einrichtung und die Benützung der Anlagen der Eisenbahnen gelten die zwischen den Eisenbahnen getroffenen Regelungen.

(2) Abgesehen von den im Absatz 1 geregelten Fällen gelten die Rechtsvorschriften der beiden Vertragsstaaten über Errichtung, Instandhaltung und Betrieb von Fernmeldeanlagen auf ihrem jeweiligen Gebiet.

#### ABSCHNITT V

##### Schlußbestimmungen

###### Artikel 18

Im Interesse der nationalen Sicherheit oder wegen anderer zwingender öffentlicher Interessen kann jeder Vertragsstaat einseitig die Anwendung des Abkommens oder einzelner Bestimmungen dieses Abkommens vorübergehend mit oder ohne örtliche Beschränkung aussetzen. Der andere Vertragsstaat ist hievon unverzüglich schriftlich auf diplomatischem Weg zu benachrichtigen.

###### Artikel 19

(1) Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung oder die Anwendung dieses Abkommens sollen durch die zuständigen Verwaltungen der Vertragsstaaten beigelegt werden. Die Regelung auf diplomatischem Wege wird dadurch nicht ausgeschlossen.

(2) Soweit eine Meinungsverschiedenheit auf diese Weise nicht erledigt werden kann, ist sie auf Verlangen eines der beiden Vertragsstaaten einem Schiedsgericht zu unterbreiten.

(3) Das Schiedsgericht wird von Fall zu Fall in der Weise gebildet, daß jeder der beiden Vertragsstaaten binnen drei Monaten, nachdem einer von ihnen seine Absicht, das Schiedsgericht anzurufen, bekanntgegeben hat, je einen Schiedsrichter bestellt

und daß sich die so bestellten Schiedsrichter auf den Angehörigen eines dritten Staates als Oberschiedsrichter einigen. Kommt eine Einigung über den Oberschiedsrichter binnen sechs Monaten, nachdem einer der beiden Vertragsstaaten seine Absicht, das Schiedsgericht anzurufen, bekanntgegeben hat, nicht zustande, so gelten in Ermangelung einer anderen Vereinbarung für die Bestellung des Oberschiedsrichters die Bestimmungen des Artikels 45 des Abkommens zur friedlichen Erledigung internationaler Streitfälle vom 18. Oktober 1907, soweit sie die Wahl des Oberschiedsrichters betreffen.

(4) Das Schiedsgericht fällt seine Entscheidungen auf Grund dieses Abkommens und der zu seiner Durchführung getroffenen Vereinbarungen sowie unter Anwendung der zwischen beiden Vertragsstaaten geltenden und zur Zeit der Entstehung oder Dauer der Streitfrage anwendbaren internationalen Abkommen, des Völkergewohnheitsrechtes und der allgemein anerkannten Rechtsgrundsätze.

(5) Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit. Seine Entscheidungen sind bindend. Jeder der beiden Vertragsstaaten trägt die Kosten seines Schiedsrichters. Die übrigen Kosten werden von

beiden Vertragsstaaten zu gleichen Teilen getragen. Im übrigen regelt das Schiedsgericht das Verfahren selbst.

(6) Auf die Ladung und Vernehmung von Zeugen und Sachverständigen sind die zwischen den beiden Vertragsstaaten über die Rechtshilfe jeweils geltenden Bestimmungen sinngemäß anzuwenden.

#### Artikel 20

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation. Die Ratifikationsurkunden sollen sobald wie möglich in Prag ausgetauscht werden.

(2) Dieses Abkommen tritt am ersten Tag des dritten Monats in Kraft, der auf den Monat folgt, in dem die Ratifikationsurkunden ausgetauscht werden.

(3) Dieses Abkommen kann jederzeit schriftlich auf diplomatischem Wege gekündigt werden; es tritt zwölf Monate nach seiner Kündigung außer Kraft.

GESCHEHEN ZU Wien, am 17. Juni 1991, in zwei Urschriften in deutscher und tschechischer Sprache, wobei beide Texte in gleicher Weise authentisch sind.

Für die Republik Österreich:

ERICH KUSSBACH

Für die Tschechische und Slowakische Föderative Republik:

MAGDA VAŠÁRYOVÁ

---

## [CZECH TEXT — TEXTE TCHÈQUE]

## DOHODA MEZI RAKOUSKOU REPUBLIKOU A ČESKOU A SLOVENSKOU FEDERATIVNÍ REPUBLIKOU O ULEHČENÍ POHRANIČNÍHO ODBAVOVÁNÍ V ŽELEZNIČNÍ, SILNIČNÍ A VODNÍ DOPRAVĚ

Rakouská republika a Česká a Slovenská Federativní Republika, vedeny úmyslem usnadnit a urychlit odbavování na státních hranicích v železniční, silniční a vodní dopravě mezi oběma státy, se dohodly takto:

## ODDÍL I

## Obecná ustanovení

## Článek 1

Ve smyslu této Dohody se rozumí:

1. „pohraničním odbavením“ provádění všech právních předpisů smluvních států, které je třeba uplatnit při překračování státních hranic osobami a při dovozu, vývozu a průvozu zboží;
2. „územním státem“ smluvní stát, na jehož výsoštném území se uskutečňuje pohraniční odbavení druhého smluvního státu;
3. „sousedním státem“ druhý smluvní stát;
4. „prostorem“ oblast územního státu, v níž jsou pracovníci sousedního státu oprávněni provádět pohraniční odbavení;
5. „pracovníky“ osoby, které jako orgány úřadů příslušných pro pohraniční odbavování vykonávají svou službu, jakož i osoby pověřené služebním dozorem;
6. „zbožím“ zboží, dopravní prostředky a hodnoty podléhající devizovým předpisům.

## Článek 2

(1) Smluvní státy usnadní a urychlí v rámci této Dohody pohraniční odbavování v železniční, silniční a vodní dopravě.

(2) K tomuto účelu budou v územním státě:

1. zřízena pohraniční odbavovací stanoviště státu sousedního a
2. zavedeno na určitých trasách pohraniční odbavení v dopravních prostředcích během jízdy nebo plavby.

(3) Pracovníci sousedního státu jsou podle této Dohody oprávněni provádět pohraniční odbavení v územním státě.

(4) Příslušné ústřední orgány smluvních států určí dohodu:

1. zřizování, změny nebo zrušení pohraničních odbavovacích stanovišť uvedených v odst. 2,
2. trasy, na nichž pracovníci sousedního státu v územním státě
  - a) smějí provádět pohraniční odbavení v dopravních prostředcích během jízdy nebo plavby,
  - b) smějí zadržet osoby nebo osoby, kterým byl odmítnut vstup, jakož i zajištěné zboží nebo důkazní prostředky převážet do svého státu nebo doprovázet k jinému pohraničnímu odbavovacímu stanovišti svého státu a
3. prostory.

## Článek 3

(1) Prostor může zahrnovat:

1. v železniční dopravě
    - a) části nádraží a ostatní železniční zařízení (článek 2 odst. 2 bod 1); vždy zahrnuje železniční trat mezi státními hranicemi a pohraničním odbavovacím stanovištěm;
    - b) při pohraničním odbavení během jízdy vlak na stanovených úsecích železniční tratě podle článku 2 odst. 4 bod 2 písm. a), jakož i částí nádraží, jimiž vlak projíždí;
  2. v silniční dopravě, částí služebních budov, silniční úseky a jiná zařízení; vždy zahrnuje silnici mezi státními hranicemi a pohraničním odbavovacím stanovištěm;
  3. ve vodní dopravě
    - a) části služebních budov, vodní cesty, jakož i pobřežní a přístavní zařízení; vždy zahrnuje vodní cestu mezi státními hranicemi a pohraničním odbavovacím stanovištěm;
    - b) při pohraničním odbavení během plavby lod na vodních cestách, stanovených podle článku 2 odst. 4 bod 2 písm. a), jakož i části budov a zařízení na těchto vodních cestách.
- (2) Při úředních výkonech podle článku 2 odst. 4 bod 2 písm. b) jsou stanovené trasy právně postaveny na roven prostoru.

(3) Úřady smluvních států příslušné k pohraničnímu odbavení a k železniční dopravě určí, ve

kterých vlcích se provádí pohraniční odbavení během jízdy.

## ODDÍL II

### Pohraniční odbavování

#### Článek 4

(1) V prostoru platí pro pohraniční odbavení sousedního státu všechny právní předpisy tohoto státu o překračování státních hranic osobami a o dovozu, vývozu a průvozu zboží: pracovníci sousedního státu je uplatňují ve stejném rozsahu a se stejnými důsledky jako na vlastním statním území.

(2) Úřední úkony prováděné v prostoru pracovníků sousedního státu jsou považovány za úkony provedené jakoby v určité obci sousedního státu, na jejímž území se příslušný hraniční přechod nachází.

(3) Porušení právních předpisů sousedního státu uvedených v odst. 1, ke kterým došlo v prostoru, se považují za porušení spáchaná v místě uvedeném v odst. 2.

(4) V ostatních případech platí právní řád územního státu.

#### Článek 5

(1) K pravomocím podle článku 4 odst. 1 patří i právo zadržení a nuceného navrácení zpět. Pracovníci sousedního státu však nejsou oprávněni zadržovat příslušníky územního státu na jeho území, brát je do vazby nebo je převážet do sousedního státu. Smějí však tyto osoby nuceně převést na vlastní předsunuté pohraniční odbavovací stanoviště, nebo neexistuje-li, na pohraniční odbavovací stanoviště územního státu k písemnému záznamu skutkové podstaty.

(2) Při opatřeních podle odstavce 1 je nutno neprodleně přivést pracovníka územního státu.

(3) Předpisy územního státu o právu na azyl zůstávají nedotčeny.

#### Článek 6

(1) V prostoru je nutno provést pohraniční odbavení výstupního státu před pohraničním odbavením vstupního státu, ledaže se od pohraničního odbavení výstupního státu upouští.

(2) Ihned po začátku pohraničního odbavování ze strany výstupního státu smějí v železniční a vodní dopravě pracovníci vstupního státu provádět pohraniční odbavení osob a zboží, které již byly pracovníky výstupního státu odbaveny.

(3) Po zahájení vstupního odbavení pracovníci výstupního státu již nemají právo provádět úkony pohraničního odbavení. Vznikne-li však po zahájení vstupního odbavení podezření na soudně trestné

jednání anebo se dodatečně ukáže, že nějaká osoba, po níž je vyhlášeno pátrání, se nachází v tomto prostoru, mají pracovníci výstupního státu po předchozím vyrozumění pracovníků vstupního státu právo zopakovat úkony pohraničního odbavení.

#### Článek 7

(1) Pracovníci smluvních států se po vzájemné dohodě smějí odchýlit od pořadí stanoveného v článku 6 odst. 1, pokud je to v zajmu rychlého odbavení. V těchto případech smějí pracovníci vstupního státu provést zadržení nebo zajištění teprve po skončení pohraničního odbavení výstupního státu. Předvádějí, pokud chtějí takové opatření učinit, příslušné osoby a zboží pracovníkům výstupního státu, pokud pohraniční odbavení výstupního státu těchto osob a tohoto zboží není ještě ukončeno. Chtějí-li pracovníci výstupního státu provést zadržení nebo zabavení, mají přednost.

(2) Do sousedního státu smějí být převáženy peněžní částky vybrané pracovníky sousedního státu při pohraničním odbavení v územním státě nebo peněžní částky převážené pro služební potřebu, jakož i zadržené nebo zabavené zboží.

#### Článek 8

(1) Zboží, které je při výstupním odbavení pracovníky sousedního státu do tohoto státu vráceno nebo před zahájením vstupního odbavení územního státu z podnětu k tomuto oprávněné osoby vráceno do sousedního státu, nepodléhá ani vývozním předpisům, ani výstupnímu odbavení územního státu.

(2) Osobám vráceným pracovníky vstupního státu nesmí být bráněno v návratu do výstupního státu. Taktéž nesmí být bráněno ve zpětném dovozu zboží do výstupního státu, jehož dovoz byl pracovníky vstupního státu odmítnut.

(3) Při provádění opatření uvedených v odstavci 2 se budou pracovníci smluvních států vzájemně informovat a spolupracovat.

## ODDÍL III

### Pracovníci

#### Článek 9

(1) Pracovníci sousedního státu smějí s vyhradou odstavce 2 na základě služebního průkazu opatřeného fotografií za účelem výkonu služby v územním státě překračovat státní hranice na všech společných hraničních přechodech. Tento průkaz opravňuje pracovníky dopravit se do prostoru (článek 1 odst. 4), zdržovat se v něm a vrátit se odtud do sousedního státu.

(2) Pracovníci sousedního státu provádějící v územním státě pohraniční odbavení v železniční



nebo vodní dopravě musí být vybaveni služebním průkazem a služebním pověřením v jazyce německém a českém nebo slovenském. Toto služební pověření musí obsahovat jméno, datum a místo narození, číslo služebního průkazu, jakož i prostor (článek 1 odst. 4).

(3) Zákazy vstupu jednotlivým pracovníkům sousedního státu jsou touto úpravou nedotčeny. V takovém případě je nutno o tom neprodleně vyrozumět úřad sousedního státu, který služební průkaz nebo služební pověření vydal.

#### Článek 10

(1) Územní stát poskytuje pracovníkům sousedního státu při výkonu jejich služby v prostoru stejné ochrany a podporu jako vlastním pracovníkům. Trestně právní ustanovení územního státu na ochranu pracovníků a výkon jejich pravomocí je třeba uplatňovat i u trestných činů spáchaných v územním státě proti pracovníkům sousedního státu při výkonu jejich služby nebo v souvislosti s touto službou.

(2) O trestném jednání spáchaném pracovníkem sousedního státu v územním státě je nutno neprodleně vyrozumět služební orgán dotyčného pracovníka prostřednictvím příslušného úřadu územního státu.

(3) Rozhodování o nárocích na náhradu škody způsobené pracovníky sousedního státu při výkonu jejich služby v prostoru podléhá pravomocí soudů sousedního státu. Tyto nároky je třeba posoudit podle práva tohoto sousedního státu.

#### Článek 11

Pracovníci sousedního státu smějí při výkonu své služby v územním státě, jakož i cestou do prostoru a zpět, nosit služební oděv, služební odznaky a služební zbraně i potřebné služební vybavení a vodit s sebou služební psy. Zbraně však smějí použít jen v případě sebeobraně.

#### Článek 12

(1) Je-li pracovník sousedního státu v územním státě při výkonu služby nebo v souvislosti s touto službou usmrčen nebo zraněn anebo je-li věc, kterou u sebe má nebo nosí, poškozena nebo zničena, posuzují se nároky na náhradu škody podle práva sousedního státu.

(2) K rozhodnutí o náhradě škody podle odstavce 1 je dána pravomoc soudům toho smluvního státu, na jehož území došlo k jednání, které mělo za následek vznik škody anebo na jehož území má škůdce svůj trvalý pobyt. Pravomoc je dána také soudům smluvního státu, v jehož obvodu má žalobce trvalý pobyt.

(3) Rozhodnutí týkající se nároků na náhradu škody podle odstavce 1 vydaná soudem jednoho ze smluvních států nebo smíry v těchto věcech před takovým soudem uzavřené se s výjimkou odstavce 4 ve druhém smluvním státě uznávají a jsou-li tato rozhodnutí nebo smíry vykonatelně, vykonávají.

(4) Uznání a výkon lze odepřít, jestliže

- a) je zjevně neslučitelný s veřejným pořádkem státu, na jehož území se má rozhodnutí nebo smír uznat a vykonat,
- b) rozhodnutí bylo vydáno nebo smír schválen soudem, jemuž nebyla dána pravomoc k vydání takového rozhodnutí nebo ke schválení smíru,
- c) v téže věci mezi týmiž stranami rozhodl pravomocně již dříve soud smluvního státu, na jehož území se rozhodnutí nebo smír má uznat a vykonat nebo v téže věci mezi týmiž stranami byl již dříve pravomocně uzavřen smír před soudem, na jehož území se rozhodnutí nebo smír má uznat a vykonat,
- d) v téže věci mezi týmiž stranami bylo již dříve zahájeno řízení před soudem smluvního státu, na jehož území se má rozhodnutí uznat a vykonat,
- e) straně, proti níž rozhodnutí směřuje, byla odňata možnost řádně se zúčastnit řízení.

### ODDÍL IV

#### Pohraniční odbavovací stanoviště

##### Článek 13

Odbavovací pravomoci a odbavovací doby pohraničních odbavovacích stanovišť smluvních států je nutno podle možnosti stanovit shodně.

##### Článek 14

(1) Náhrady za používání zařízení potřebných pro pohraniční odbavovací stanoviště sousedního státu v železniční, silniční a vodní dopravě v územním státě budou sjednány občansko-právně.

(2) Železnice a provozovatelé vodní dopravy jsou povinny pracovníky provádějící pohraniční odbavení za jízdy zdarma přepravovat a poskytnout jim bezplatně potřebné vlakové oddíly nebo kabiny lodí.

##### Článek 15

(1) Místnosti určené jako pohraniční odbavovací stanoviště sousedního státu je třeba výrazně označit úředními šitky a výsostnými znaky.

(2) Nápis v služebních prostorách pracovníků sousedního státu musí být proveden v německém a českém nebo slovenském jazyce.

### Článek 16

Předměty určené pro služební potřebu pohraničních odbavovacích stanovišť nebo pro potřebu pracovníků sousedního státu během služby v územním státě jsou osvobozeny od povolení a veškerých vstupních a výstupních poplatků. Celní jistoty není nutno skládat. Zákazy a omezení dovozu a vývozu se u těchto předmětů neuplatňují. To platí i pro služební a vlastní vozidla pracovníků, která byla do územního státu dovezena na přechodnou dobu za účelem výkonu služby.

### Článek 17

(1) Územní stát povoluje zřízení a provoz telekomunikačních zařízení potřebných výlučně pro činnost předsunutých pohraničních stanovišť, jakož i pro jejich spojení s příslušnými zařízeními sousedního státu bez poplatků, s výhradou náhrady případných zřizovacích nákladů a pronájmu. Provoz těchto telekomunikačních zařízení je považován za interní provoz sousedního státu. V případě náhrad za zřízení a používání železnic platí předpisy dojednané mezi železničními správami.

(2) S výjimkou případů uvedených v odstavci 1 nejsou dotčeny právní předpisy obou smluvních států o zřizování, údržbě a provozu telekomunikačních zařízení na jejich příslušném území.

## ODDÍL V

### Závěrečná ustanovení

#### Článek 18

V zájmu národní bezpečnosti nebo z důvodů jiných naléhavých veřejných zájmů může každý smluvní stát jednostranně pozastavit použití této Dohody nebo jejích jednotlivých ustanovení přechodně s místními nebo bez místních omezení. Druhý smluvní stát musí být o tom neprodleně vyrozuměn písemně diplomatickou cestou.

#### Článek 19

(1) Názorové rozdíly týkající se výkladu nebo provádění této Dohody budou řešeny příslušnými orgány obou smluvních států. Tím není vyloučeno řešení diplomatickou cestou.

(2) Jestliže nebude možno vyřešit názorové rozdíly tímto způsobem, budou předloženy na

požádání jednoho ze smluvních států rozhodčímu soudu.

(3) Rozhodčí soud bude ustaven případ od případu tak, že každý z obou smluvních států určí do tří měsíců poté, kdy jeden z nich oznámil svůj úmysl se obrátit na rozhodčí soud, po jednom smírčím soudci, a že se takto určení smírčí soudci dohodnou na příslušníku třetího státu jako vrchním smírčím soudci. Nedojde-li k dohodě o vrchním smírčím soudci do šesti měsíců poté, kdy jeden z obou smluvních států oznámil svůj úmysl obrátit se na rozhodčí soud a nebude-li dohodnuto jinak, platí pro určení vrchního smírčího soudce ustanovení článku 45 Úmluvy o pokojném řešení mezinárodních sporů ze dne 18. října 1907, pokud se vztahují na volbu vrchního smírčího soudce.

(4) Rozhodčí soud rozhodne na základě této Dohody a ujednání uzavřených k jejímu provádění, jakož i platných mezinárodních dohod mezi smluvními státy, které je možno aplikovat v době vzniku nebo trvání sporné záležitosti, mezinárodního zvykového práva a obecně uznávaných právních zásad.

(5) Rozhodčí soud rozhoduje většinou hlasů. Jeho rozhodnutí jsou závazná. Každý ze smluvních států hradí výlohy svého smírčího soudce; ostatní výlohy hradí oba smluvní státy stejným dílem. V ostatních si upraví řízení rozhodčí soud sám.

(6) Pokud jde o předvolávání a výslech svědků a znalců, použijí se obdobně ustanovení o právní pomoci platná v té které době mezi oběma smluvními státy.

#### Článek 20

(1) Tato Dohoda podléhá ratifikaci. Ratifikační listiny budou vyměněny v Praze, pokud možno v době co nejdříve.

(2) Tato Dohoda vstoupí v platnost prvního dne třetího měsíce následujícího po měsíci, v němž došlo k výměně ratifikačních listin.

(3) Tuto Dohodu lze kdykoliv písemně diplomatickou cestou vypovědět; pozbývá platnosti dvanáct měsíců po jejím vypovězení.

DÁNO VE Vídni, dne 17. června 1991, ve dvou vyhotoveních v německém a českém jazyce, přičemž obě znění mají stejnou platnost.

Za Rakouskou republiku:

ERICH KUSSBACH

Za Českou a Slovenskou Federativní Republiku:

MAGDA VAŠÁRYOVÁ

## [TRANSLATION — TRADUCTION]

AGREEMENT<sup>1</sup> BETWEEN THE REPUBLIC OF AUSTRIA AND THE  
CZECH AND SLOVAK FEDERAL REPUBLIC CONCERNING  
SIMPLIFIED PROCEDURES FOR FRONTIER CLEARANCE IN  
RAILWAY, ROAD AND SHIPPING TRAFFIC

The Republic of Austria and the Czech and Slovak Federal Republic, desiring to facilitate and to accelerate frontier clearance in railway, road and shipping traffic between the two States, have agreed as follows:

## SECTION 1

## GENERAL PROVISIONS

*Article 1*

For purposes of this Agreement:

1. "Frontier clearance" means the fulfilment of all legal provisions of the Contracting States applicable in connection with the crossing of the frontier by persons and the import, export and transit of goods;
2. "Territorial State" means the Contracting State in whose territory frontier clearance operations of the other Contracting State are performed;
3. "Adjoining State" means the other Contracting State;
4. "Zone" means that area of the territorial State in which the officials of the adjoining State are authorized to perform frontier clearance operations;
5. "Officials" means persons carrying out their functions as organs of the authorities competent for frontier clearance, and also persons entrusted with supervisory functions;
6. "Goods" means merchandise, means of transport and other objects of value that are subject to the currency regulations.

*Article 2*

- (1) The Contracting States shall, pursuant to this Agreement, facilitate and expedite frontier clearance in railway, road and shipping traffic.
- (2) For that purpose
  1. Frontier clearance offices of the adjoining State shall be established in the territorial State, and
  2. On specified sections frontier clearance shall be introduced in means of transport in motion in the territorial State.
- (3) Officials of the adjoining State shall be authorized to effect frontier clearance in the territorial State in accordance with this Agreement.

<sup>1</sup> Came into force on 1 October 1992, i.e., the first day of the third month following the month of the exchange of the instruments of ratification, which took place at Prague on 31 July 1992, in accordance with article 20 (2).

(4) The competent central authorities of the Contracting States shall determine by agreement:

1. The establishment, alteration or abolition of the frontier clearance offices referred to in paragraph (2),

2. The sections on which the officials of the adjoining State shall, in the territorial State, be authorized to

(a) Effect frontier clearance in means of transport in motion,

(b) Return to their State persons arrested or turned back and goods or evidence seized, or accompany them to another frontier clearance office of their State, and

3. The zones.

### *Article 3*

(1) The zone may include:

1. In railway traffic

(a) Parts of railway stations and other railway installations (article 2(2)1); the zone shall in all cases include the section of railway between the State frontier and the frontier clearance office,

(b) In the case of frontier clearance during motion, the train on the section of railway defined in accordance with article 2(4)2(a) and parts of the railway stations through which the train travels;

2. In road traffic, parts of official buildings, sections of road and other installations; the zone shall in all cases include the road between the State frontier and the frontier clearance office;

3. In shipping traffic

(a) Parts of the official buildings, the waterway and the shore and dock installations; the zone shall in all cases include the waterway between the State frontier and the frontier clearance office;

(b) In the case of frontier clearance while under way, the ship on the waterway determined in accordance with article 2(4)2(a), together with parts of the buildings and installations on this waterway.

(2) In the case of official operations effected in accordance with article 2(4)2(b), the specified sections of the zone shall have uniform legal status.

(3) The authorities of the Contracting States competent for frontier clearance and railway traffic shall determine on which passenger trains frontier clearance may be effected while the train is in motion.

## SECTION II

### FRONTIER CLEARANCE

#### *Article 4*

(1) All regulations of the adjoining State relating to the crossing of the frontier by persons and to the import, export and transit of goods shall apply in the zone in respect of frontier clearance operations of that State; they shall be enforced by the

officials of the adjoining State to the same extent and with the same effects as in the territory of that State.

(2) Official operations effected in the zone by officials of the adjoining State shall be regarded as being effected in that district of the adjoining State in which the relevant frontier crossing is situated.

(3) Offences committed within the zone against the regulations of the adjoining State referred to in paragraph (1) shall be regarded as having been committed in the district referred to in paragraph (2).

(4) The law of the territorial State shall apply in other respects.

#### *Article 5*

(1) The powers referred to in article 4, paragraph (1) also include the right of arrest and forcible return. Officials of the adjoining State shall, however, not be authorized to arrest, hold in detention or return nationals of the territorial State on the territory of that State. They may, however, forcibly conduct such persons to their own forward frontier clearance post or, in the absence of such a post, to the frontier clearance post of the territorial State for the purpose of preparing a written statement of the circumstances.

(2) If measures in accordance with paragraph (1) are taken, an official of the territorial State shall be summoned immediately.

(3) The right of asylum in the territorial State shall not be affected.

#### *Article 6*

(1) In the zone the frontier clearance of the State of exit shall be effected before the frontier clearance of the State of entry, unless the State of exit refrains from frontier clearance operations.

(2) In railway and shipping traffic, the officials of the State of entry may, after the frontier clearance of the State of exit has begun, effect the frontier clearance of the passengers and goods already cleared by the officials of the State of exit.

(3) After entry clearance has begun, the officials of the State of exit shall no longer be entitled to perform frontier clearance operations. However, in cases where after entry clearance has begun the suspicion of a punishable act arises or it subsequently becomes known that a wanted person is in the zone, the officials of the State of exit shall be authorized, after prior notification of the officials of the State of entry, to repeat the frontier clearance operations.

#### *Article 7*

(1) The officials of the Contracting States may, by agreement, deviate from the sequence laid down in article 6, paragraph (1), when this is in the interests of rapid frontier clearance. In such cases the officials of the State of entry may effect arrests or seizures only after completion of the frontier clearance of the State of exit. They shall, when they desire to take such a measure, conduct the persons and goods concerned to the officials of the State of exit, in cases where the frontier clearance of the State of exit in respect of these persons and goods is not yet completed. Where the officials of the State of exit wish to effect arrests or seizures on their part, they shall enjoy priority.

(2) Sums of money collected by the officials of the adjoining State in the territorial State during frontier clearance operations or brought into that State for official purposes by them and goods seized or confiscated by them may be transferred to the adjoining State.

#### *Article 8*

(1) Goods which are turned back to the adjoining State by the officials of that State in the course of exit clearance or are returned to the adjoining State at the request of the person concerned before the entry clearance of the territorial State has begun shall not be subject to the export regulations or exit clearance of the territorial State.

(2) Persons turned back by the officials of the State of entry may not be refused the right to return to the State of exit. Similarly, where the import of goods is refused by the officials of the State of entry, the right to return the said goods to the State of exit may not be denied.

(3) In applying the measures referred to in paragraph (2), the officials of the Contracting States shall inform and cooperate with each other.

### SECTION III

#### OFFICIALS

#### *Article 9*

(1) Subject to paragraph (2), the officials of the adjoining State may, on the basis of an official pass with photograph, cross the State frontier at all common frontier crossings for purposes of carrying out their functions in the territorial State. This pass shall authorize the officials to proceed to the zone (article 1 4), stay there and return thence to the adjoining State.

(2) The officials of the adjoining State who effect frontier clearance in railway or shipping traffic in the territorial State shall be in possession of an official pass and a bilingual official order. The official order shall designate name, date and place of birth and the number of the official pass and the zone (article 1 4).

(3) Refusals of entry in respect of individual officials of the adjoining State shall be unaffected by this provision. In such cases the authority of the adjoining State having issued the official pass or official order is to be notified thereof without delay.

#### *Article 10*

(1) The territorial State shall accord to the officials of the adjoining State the same protection and assistance in the performance of their duties in the zone as they accord to their own officials. The provisions of criminal law in force in the territorial State which are intended for the protection of civil servants and official operations shall also apply to offences committed in the territorial State against officials of the adjoining State during performance of their duties or in connection with those duties.

(2) Offences committed by an official of the adjoining State in the territorial State shall be immediately notified to the authority employing him by the competent authority of the territorial State.

(3) Claims for compensation for damage caused by officials of the adjoining State when enforcing the provisions of law in the zone shall be brought before the courts of the adjoining State. These claims shall be judged in accordance with the law of the adjoining State.

#### *Article 11*

In carrying out their duties in the territorial State and on their way to the zone and back the officials of the adjoining States may wear their uniform and official badge and carry their service weapons and bring with them any necessary service equipment together with dogs. They may, however, use the weapons only in self-defence.

#### *Article 12*

(1) Where, in the performance of his duties or in connection with those duties, an official of the adjoining State suffers death or injury in the territorial State or an article which he is carrying on his person or has with him is damaged or destroyed in the latter State, claims for compensation for such damage shall be judged according to the law of the adjoining State.

(2) For judging claims for compensation under paragraph 1, competence shall be with the courts of that Contracting State in which the behaviour which caused the damage has occurred, or in which the damaging party has his regular domicile. Competence shall also lie with the court within whose jurisdiction the plaintiff has his regular domicile.

(3) Final judgements on claims for compensation under paragraph 1 which have been rendered by a court of one of the Contracting States, and settlements arrived at before such a court regarding such claims for compensation shall — subject to the provisions of paragraph 4 — be recognized in the other Contracting State and shall be enforced to the extent that these decisions or settlements are enforceable.

(4) Recognition and enforcement may be refused in cases where

(a) Such is manifestly incompatible with the public order of the State in which the judgement or settlement is asserted;

(b) The court was not competent for rendering a judgement in accordance with paragraph 2 or the settlement was arrived at before a court incompetent in accordance with paragraph 2;

(c) In respect of the same claim and as between the same parties a final judgement has previously been rendered by the court of that Contracting State in which the judgement or the settlement is asserted, or the parties have previously arrived at a settlement regarding the same claim before the court of that State in which the judgement or the settlement is asserted;

(d) Proceedings between the same parties concerning the same matter have been rendered pending by a court of the State in which the judgement is asserted;

(e) The party against which the judgement is directed has availed itself of the opportunity duly to participate in the proceedings.

## SECTION IV

## FRONTIER CLEARANCE OFFICES

*Article 13*

The powers and the working hours of the frontier clearance offices of the Contracting States shall be harmonized as far as possible.

*Article 14*

(1) The charges for the use of the facilities required in connection with railway, road and shipping traffic by the frontier clearance offices of the adjoining State in the territorial State shall be agreed under private law.

(2) The railways and the shipping enterprises shall convey free of charge the officials responsible for frontier clearance while the train is in motion or the vessel is under way, and shall make the necessary compartments or cabins available to them free of charge.

*Article 15*

(1) The premises assigned to the frontier clearance offices of the adjoining State shall be designated by official signs or national emblems.

(2) Inscriptions in the premises used by the officials of the adjoining State shall be in German and in Czech or Slovak.

*Article 16*

Articles intended for official use at frontier clearance stations or for the use of officials of the adjoining State while they are performing duties in the territorial State shall be exempt from all import or export taxes and shall not be subject to licence. No security shall be provided. The said articles shall not be subject to commercial import or export prohibitions and restrictions. The same shall apply to official vehicles or vehicles belonging to officials temporarily brought into the territorial State for purposes of carrying out service assignments.

*Article 17*

(1) The territorial State shall permit, free of charge, the installation and operation of such telecommunications facilities as are required exclusively for the functioning of the forward frontier offices together with the linking of such installations with the corresponding facilities in the adjoining State, subject to refund of any costs in respect of installation and rental. The operation of these telecommunications facilities shall be deemed to be internal traffic of the adjoining State. The charges to be paid in respect of the installation and use of the railway facilities shall be governed by the agreements concluded by the railway administrations.

(2) Apart from the cases subject to paragraph 1, the legislation of the Contracting States relating to the installation, maintenance and operation of telecommunications facilities in their respective territories shall apply.



## SECTION V

## FINAL PROVISIONS

*Article 18*

Each Contracting State may, in the interests of national security or by reason of some other compelling public interest, unilaterally declare the application of the Agreement or of particular provisions thereof to be suspended, with or without specification of a geographical area. The other Contracting State shall be immediately so informed in writing through the diplomatic channel.

*Article 19*

(1) Differences of opinion relating to the interpretation or the application of this Agreement shall be settled by the competent administrations of the Contracting States. This shall not preclude the possibility of settling such differences through the diplomatic channel.

(2) Where a difference of opinion cannot be settled in this manner, it shall be referred to an arbitral tribunal at the request of one of the Contracting States.

(3) The arbitral tribunal shall in each particular case be constituted by the appointment by each of the Contracting States, within three months following notification by one of them of its intention to resort to arbitration, of an arbitrator and by the agreement of the arbitrators thus appointed on a national of a third State as umpire. Should no agreement on the umpire be reached within six months following notification by one of the Contracting States of its intention to resort to arbitration, and in the absence of any other settlement regarding the appointment of the umpire, the provisions of article 45 of the Convention for the Pacific Settlement of International Disputes of 18 October 1907<sup>1</sup> shall apply, to the extent that they concern the appointment of the umpire.

(4) The arbitral tribunal shall render its decisions on the basis of this Agreement and the arrangements made for its implementation and in application of the international agreements in force between the Contracting States and applicable at the time of origin of the dispute or during its course, customary international law and universally recognized legal principles.

(5) The arbitral tribunal shall take its decisions by majority vote. Its decisions shall be binding. Each Contracting State shall defray the costs of its arbitrator. Other costs shall be borne by both Contracting States in equal proportions. In other respects the arbitral tribunal shall itself determine the proceedings.

(6) The summoning and hearing of witnesses and experts shall be subject, *mutatis mutandis*, to the provisions concerning judicial assistance currently in force between the Contracting States.

*Article 20*

(1) This Agreement shall be ratified. The instruments of ratification shall be exchanged at Prague as soon as possible.

(2) This Agreement shall come into force on the first day of the third month following the month of the exchange of the instruments of ratification.

<sup>1</sup> *British and Foreign State Papers*, vol. 100, p. 298.

(3) This Agreement can be denounced at any time in writing through the diplomatic channel; it shall cease to have effect twelve months after such denunciation.

DONE at Vienna, on 17 June 1991, in duplicate in the German and Czech languages, both texts being equally authentic.

For the Republic of Austria:

ERICH KUSSBACH

For the Czech and Slovak Federal Republic:

MAGDA VAŠÁRYOVÁ

---

[TRADUCTION — TRANSLATION]

ACCORD<sup>1</sup> ENTRE LA RÉPUBLIQUE D'AUTRICHE ET LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE TCHÈQUE ET SLOVAQUE VISANT À FACILITER LE CONTRÔLE FRONTALIER DU TRAFIC FERROVIAIRE, ROUTIER ET DES VOIES NAVIGABLES

La République d'Autriche et la République fédérale tchèque et slovaque, désireuses de faciliter et d'accélérer le contrôle frontalier du trafic ferroviaire, routier et des voies navigables entre leurs deux Etats, sont convenues de ce qui suit :

TITRE PREMIER

DISPOSITIONS GÉNÉRALES

*Article premier*

Au sens du présent Accord,

1. L'expression « contrôle frontalier » désigne l'exécution de toutes les prescriptions légales des Etats contractants relatives au franchissement de la frontière par des personnes ainsi qu'à l'importation, à l'exportation et au transit de marchandises;
2. L'expression « Etat territorial » désigne l'Etat contractant sur le territoire duquel l'autre Etat contractant procède au contrôle frontalier;
3. L'expression « Etat limitrophe » désigne l'autre Etat contractant;
4. La « zone » désigne la partie de territoire de l'Etat contractant sur laquelle les agents de l'Etat limitrophe sont habilités à procéder au contrôle frontalier;
5. Les « agents » désignent les personnes qui effectuent le contrôle frontalier sous les ordres des autorités compétentes, ainsi que les personnes chargées de la surveillance du service;
6. Les « marchandises » désignent les marchandises, les moyens de transport ainsi que les valeurs qui sont soumis aux dispositions régissant les devises.

*Article 2*

1. Dans le cadre du présent Accord, les Etats contractants faciliteront et accéléreront le contrôle frontalier du trafic ferroviaire, routier et des voies navigables.
2. A cet effet, il sera procédé dans l'Etat territorial :
  - 1) A l'établissement de postes de contrôle frontalier de l'Etat limitrophe, et
  - 2) Sur certains parcours, à l'introduction du contrôle frontalier dans les moyens de transport pendant le trajet.
3. Les agents de l'Etat limitrophe sont habilités à procéder au contrôle frontalier dans l'Etat territorial conformément au présent Accord.

<sup>1</sup> Entré en vigueur le 1<sup>er</sup> octobre 1992, soit le premier jour du troisième mois ayant suivi le mois de l'échange des instruments de ratification, qui a eu lieu à Prague le 31 juillet 1992, conformément au paragraphe 2 de l'article 20.

4. Les Gouvernements des Etats contractants détermineront d'un commun accord :

1) L'établissement, la modification ou la suppression des postes de contrôle frontalier mentionnés au paragraphe 2;

2) Les parcours sur lesquels les agents de l'Etat limitrophe dans l'Etat territorial :

*a)* Pourront procéder au contrôle frontalier dans les moyens de transport pendant le trajet;

*b)* Pourront amener dans leur Etat ou conduire à un autre poste de contrôle frontalier de leur Etat les personnes arrêtées ou refoulées ainsi que les marchandises ou pièces à conviction saisies, et

3) Les zones.

### *Article 3*

1. La zone peut comprendre :

1) Dans le trafic ferroviaire :

*a)* Des parties des gares et autres installations ferroviaires (alinéa 1 du paragraphe 2 de l'article 2; la zone englobe dans tous les cas la section de voies comprise entre la frontière d'Etat et le poste de contrôle frontalier;

*b)* Lors du contrôle frontalier pendant le trajet, le train sur certains parcours ferroviaires conformément au point *a*, alinéa 2 du paragraphe 4 de l'article 2 ainsi que des parties des gares traversées par le train;

2) Dans le trafic routier des parties des bâtiments de service, tronçons de routes et autres installations; la zone englobe dans tous les cas la route comprise entre la frontière d'Etat et le poste de contrôle frontalier;

3) Dans le trafic de la navigation :

*a)* Des parties des bâtiments de service, de la voie navigable ainsi que des installations de rive ou installations portuaires; la zone englobe dans tous les cas la voie navigable comprise entre la frontière d'Etat et le poste de contrôle frontalier;

*b)* Lors du contrôle frontalier pendant le trajet, le navire sur certaines voies navigables, conformément au point *a*, alinéa 2 du paragraphe 4 de l'article 2 ainsi que des parties des bâtiments et installations le long de cette voie navigable.

2. Lors des actions officielles conformément au point *b*, alinéa 2 du paragraphe 4 de l'article 2, les parcours déterminés de la zone relèvent du même régime juridique.

3. Les autorités des Etats contractants compétentes en matière de contrôle frontalier et de circulation ferroviaire déterminent dans quels trains de voyageurs le contrôle frontalier sera effectué en cours de trajet.

## TITRE II

## CONTRÔLE FRONTALIER

*Article 4*

1. Dans la zone, le contrôle frontalier effectué par l'Etat limitrophe sera régi par la réglementation de cet Etat relative au franchissement de la frontière par les personnes ainsi qu'à l'importation, à l'exportation et au transit de marchandises; cette réglementation sera appliquée par les agents de l'Etat limitrophe dans les mêmes mesures et avec les mêmes conséquences que sur le territoire de l'Etat lui-même.
2. Les actes officiels exécutés dans la zone par les agents de l'Etat limitrophe seront considérés comme exécutés dans la commune de l'Etat limitrophe sur le territoire de laquelle est situé le point de passage pertinent de la frontière.
3. Les infractions commises dans la zone contre la réglementation de l'Etat limitrophe mentionnée au paragraphe 1, seront considérées comme étant commises dans la commune mentionnée au paragraphe 2.
4. Le droit de l'Etat territorial est applicable.

*Article 5*

1. Les autorisations stipulées au paragraphe 1 de l'article 4 comprennent aussi le droit d'arrestation et de refoulement par la contrainte. Toutefois, les agents de l'Etat limitrophe ne sont pas autorisés à arrêter, détenir ou refouler de force des ressortissants de l'Etat territorial sur le territoire de celui-ci. Ils peuvent cependant amener de force ces personnes à leur propre bureau de contrôle frontalier avancé ou, si un tel bureau n'existe pas, au bureau de contrôle frontalier de l'Etat limitrophe pour l'enregistrement écrit des faits.
2. Lorsque des mesures sont prises conformément au paragraphe 1, un agent de l'Etat territorial doit être convoqué sans délai.
3. Le droit d'asile de l'Etat territorial n'est pas modifié.

*Article 6*

1. Dans la zone, le contrôle frontalier de l'Etat de sortie doit être effectué en principe avant celui de l'Etat d'entrée; il en découle donc qu'il est renoncé au contrôle frontalier de l'Etat de sortie.
2. Dans le trafic ferroviaire et de la navigation, les agents de l'Etat d'entrée peuvent déjà procéder, après le commencement du contrôle frontalier de l'Etat de sortie, au contrôle frontalier des personnes et des marchandises déjà contrôlées par les agents de l'Etat de sortie.
3. Après le commencement du contrôle d'entrée, les agents de l'Etat de sortie ne sont plus autorisés à entreprendre des actes de contrôle frontalier. Si toutefois, après le commencement du contrôle d'entrée, il y a lieu de soupçonner l'existence d'un acte passible d'une sanction pénale ou s'il est connu par la suite qu'une personne recherchée aux fins d'arrestation se trouve dans la zone, les agents de l'Etat de sortie ont le droit de reprendre les actions de contrôle frontalier, après en avoir avisé au préalable les agents de l'Etat d'entrée.

### Article 7

1. Les agents des Etats contractants peuvent d'un commun accord modifier l'ordre de succession des formalités prévu au paragraphe 1 de l'article 6, si cela est indiqué dans l'intérêt d'un contrôle frontalier accéléré. En pareil cas, les agents de l'Etat d'entrée ne peuvent procéder à une arrestation ou à des confiscations qu'après la fin du contrôle frontalier de l'Etat de sortie. S'ils veulent prendre une mesure de ce genre, ils amènent les personnes et les marchandises en question aux agents de l'Etat de sortie, si le contrôle frontalier de l'Etat de sortie concernant ces personnes et marchandises n'est pas encore terminé. Si les agents de l'Etat de sortie désirent, pour leur part, procéder à des arrestations ou à des confiscations, ils ont alors la priorité.

2. Les sommes d'argent perçues par les agents de l'Etat limitrophe lors du contrôle frontalier dans l'Etat territorial ou apportées par eux pour les besoins du service, et les marchandises saisies ou introduites peuvent être apportées dans l'Etat limitrophe.

### Article 8

1. Les marchandises qui, lors du contrôle de sortie, sont renvoyées par les agents de l'Etat limitrophe dans cet Etat ou qui sont réacheminées dans l'Etat limitrophe, à la demande de l'ayant droit, avant que le contrôle d'entrée dans l'Etat territorial ait commencé, ne sont soumises ni à la réglementation relative à l'exportation ni au contrôle de sortie de l'Etat territorial.

2. Les personnes à qui les agents de l'Etat d'entrée interdisent l'entrée du pays ne doivent pas se voir refuser le retour dans l'Etat de sortie. De même il sera interdit de refuser le retour de marchandises dans l'Etat dont elles proviennent, lorsque les agents de l'Etat d'entrée auront refusé de les y laisser entrer.

3. En ce qui concerne l'exécution des mesures mentionnées au paragraphe 2, les agents des Etats contractants se communiqueront mutuellement des informations et coopéreront les uns avec les autres.

## TITRE III

### FONCTIONNAIRES

### Article 9

1. Les agents de l'Etat limitrophe pourront, sous réserve des dispositions du paragraphe 2, franchir la frontière d'Etat aux points de passage communs, pour l'exercice de leurs fonctions sur le territoire de l'Etat territorial, sur présentation d'un laissez-passer muni d'une photographie. Ce laissez-passer permet aux agents de se rendre dans la zone (article premier, point 4), d'y séjourner et d'en sortir pour retourner dans l'Etat limitrophe.

2. Les agents de l'Etat limitrophe procédant dans l'Etat territorial au contrôle frontalier du trafic ferroviaire ou du trafic de la navigation, doivent être en possession d'un laissez-passer et d'un ordre de mission rédigé dans les deux langues. L'ordre de mission doit mentionner le nom, la date et le lieu de naissance ainsi que le numéro du laissez-passer et la zone (article premier, point 4).

3. Les interdictions d'entrée personnelle à l'égard d'agents de l'Etat limitrophe ne seront pas affectées par la présente réglementation. En pareil cas, il y aura

lieu de mettre au courant sans délai l'autorité de l'Etat limitrophe qui a délivré le laissez-passer ou l'ordre de mission.

#### *Article 10*

1. L'Etat territorial accorde aux agents de l'Etat limitrophe, dans l'exercice de leurs fonctions, la même protection et la même assistance qu'à leurs propres agents. Les actes délictueux commis sur le territoire de l'Etat territorial contre les agents de l'Etat limitrophe dans l'exercice de leurs fonctions ou dans le cadre de celles-ci seront régis par les dispositions de droit pénal relatives à la protection des agents de la fonction publique en vigueur dans l'Etat territorial.

2. L'autorité compétente de l'Etat territorial doit aviser le service dont relève l'agent de l'Etat limitrophe qui aura commis sur le territoire de l'Etat territorial des infractions passibles d'une sanction pénale.

3. Les questions de responsabilité administrative au titre de dommages commis par les agents de l'Etat limitrophe au cours de l'application des lois dans la zone, relèvent de la compétence des tribunaux de l'Etat limitrophe. De telles réclamations doivent être jugées selon le droit dudit Etat limitrophe.

#### *Article 11*

Les agents de l'Etat limitrophe peuvent, dans l'exercice de leurs fonctions dans l'Etat territorial ainsi que pour se rendre dans la zone et en revenir, porter l'uniforme et des insignes de service, transporter les armes et l'équipement et être accompagnés des chiens de service dont ils ont besoin pour leur service. Ils ne doivent faire usage de leurs armes qu'en cas de légitime défense.

#### *Article 12*

1. Si un agent de l'Etat limitrophe est tué ou blessé au cours de l'exercice de ses fonctions ou dans le cadre de ses fonctions ou si un objet qu'il porte sur lui ou emporte avec lui est endommagé ou détruit sur le territoire de l'Etat territorial, la demande de dommages-intérêts relèvera du droit de l'Etat limitrophe.

2. En ce qui concerne la décision à prendre sur les demandes de dommages-intérêts au titre du paragraphe 1, le tribunal de l'Etat contractant dans lequel a eu lieu l'acte ayant causé le dommage ou dans le ressort duquel l'auteur du dommage a son lieu de séjour habituel.

3. Les décisions exécutoires qui sont rendues par un tribunal d'un des Etats contractants au sujet des demandes de dommages-intérêts visées au paragraphe 1 et les conciliations effectuées par un tel tribunal sur des demandes de ce genre seront reconnues comme valables dans l'autre Etat contractant — sous réserve des dispositions du paragraphe 4 — et exécutées dans la mesure où lesdites décisions ou conciliations sont exécutoires.

4. La reconnaissance et l'exécution seront refusées si :

a) Elles ne sont, de toute évidence, pas compatibles avec l'Ordre public de l'Etat dans lequel la décision ou la conciliation ont été invoquées;

b) Le tribunal n'était pas compétent pour prendre une décision au titre du paragraphe 2 ou la conciliation a été effectuée devant un tribunal non compétent au titre du paragraphe 2;

c) Dans la même affaire entre les mêmes parties, le tribunal de l'Etat contractant dans lequel la décision a été rendue ou la conciliation effectuée a déjà pris une décision exécutoire, ou si les parties sont déjà convenues auparavant d'une conciliation devant le tribunal de l'Etat dans lequel la décision ou la conciliation sont invoquées;

d) Une procédure est déjà en cours antérieurement entre les mêmes parties pour la même affaire devant un tribunal de l'Etat dans lequel la décision est invoquée;

e) Si la possibilité n'a pas été donnée dans les formes officielles, à la partie contre laquelle la décision a été prise, de prendre part à la procédure.

#### TITRE IV

#### POSTES DE CONTRÔLE FRONTALIER

##### *Article 13*

Les fonctions de contrôle et les heures de service des postes de contrôle frontalier des Etats contractants seront fixées d'un commun accord dans toute la mesure possible.

##### *Article 14*

1. Les indemnités à verser au titre de l'utilisation des installations de la circulation ferroviaire, routière ou de la navigation, nécessaires pour les postes de contrôle frontalier de l'Etat limitrophe dans l'Etat territorial, seront convenues par les voies de droit privé.

2. Les chemins de fer et les entreprises de navigation mettront gratuitement à la disposition des agents qui devront procéder au contrôle frontalier pendant le trajet, les compartiments ou les cabines nécessaires.

##### *Article 15*

1. Les locaux destinés aux postes de contrôle frontalier de l'Etat limitrophe devront être signalés par des panneaux officiels ou des indications de nationalité.

2. Les inscriptions portées sur les locaux de service des agents de l'Etat limitrophe seront rédigées en langue allemande et en langue tchèque ou slovaque.

##### *Article 16*

Les objets destinés à être utilisés pour les besoins du service par les postes de contrôle frontalier ou pour les besoins des agents de l'Etat limitrophe au cours de leur service sur le territoire de l'Etat territorial ne seront soumis à aucun droit d'entrée ou de sortie et ne doivent être soumis à aucune autorisation. Il n'y aura pas lieu de fournir des garanties. Les interdictions et les limitations apportées aux importations et aux exportations pour des raisons économiques ne s'appliqueront pas à ces objets. Cette disposition s'applique également aux véhicules de service ou véhicules personnels utilisés par les agents dans l'accomplissement de leurs fonctions et introduits provisoirement dans l'Etat territorial.



### Article 17

1. L'Etat territorial autorisera gratuitement la mise en place des installations téléphoniques qui seront nécessaires au fonctionnement des postes frontaliers avancés de l'Etat limitrophe sur le territoire de l'Etat territorial, ainsi que le raccordement de ces installations aux installations de l'Etat limitrophe, sous réserve d'une compensation des frais éventuels d'édification ou de loyer. Les transmissions de ces installations téléphoniques seront considérées comme faisant partie des relations intérieures de l'Etat limitrophe. Les indemnités à verser au titre de la mise en place et de l'utilisation des installations seront soumises à la réglementation convenue entre les deux administrations des chemins de fer.

2. Sauf dans les cas régis par les dispositions du paragraphe 1, la réglementation des Etats contractants relative à la mise en place, à l'entretien et au fonctionnement des installations téléphoniques sera applicable sur le territoire respectif de chaque Etat.

## TITRE V

### DISPOSITIONS FINALES

### Article 18

Dans l'intérêt de la sécurité nationale ou aux fins de sauvegarder tout autre intérêt public pressant, le Gouvernement de chacun des Etats contractants peut apporter des restrictions à l'application de l'Accord ou de certaines de ses dispositions à titre provisoire ou dans un lieu donné. Le Gouvernement de l'autre Etat contractant doit en être avisé immédiatement.

### Article 19

1. Les divergences de vues relatives à l'interprétation ou à l'application du présent Accord seront réglées par les administrations compétentes des Etats contractants. Ces dispositions n'excluent pas le règlement des différends par la voie diplomatique.

2. Si une divergence de vues ne peut être réglée de cette manière, elle sera soumise à un tribunal arbitral à la demande de l'une des Parties contractantes.

3. Le tribunal arbitral est constitué cas par cas de la manière suivante : chacun des Etats contractants, dans les trois mois qui suivent la date à laquelle l'un d'entre eux a fait connaître son intention de recourir au tribunal arbitral, nomme un arbitre, et les arbitres ainsi nommés désignent d'un commun accord comme président un ressortissant d'un Etat tiers. Si un accord sur le choix du président n'intervient pas dans un délai de six mois après la date à laquelle l'un des Etats contractants a fait connaître son intention de recourir au tribunal arbitral, seront alors d'application, en l'absence d'une autre entente sur la désignation du président, les dispositions de l'article 45 de la Convention du 18 octobre 1907 pour le règlement pacifique des conflits internationaux<sup>1</sup>, dans la mesure où elles concernent le choix du président du tribunal arbitral.

4. Le tribunal arbitral rendra sa décision en fonction du présent Accord et des ententes conclues en vue de son application ainsi qu'en application des accords

<sup>1</sup> De Martens, *Nouveau Recueil général de Traités*, troisième série, tome III, p. 360.

internationaux conclus entre les deux Etats contractants et encore en vigueur ou qui étaient en vigueur à l'époque où s'est posée la question en litige, et en application du droit coutumier international et des principes juridiques généralement reconnus.

5. Le tribunal arbitral rend ses décisions à la majorité des voix. Celles-ci ont force obligatoire. Les Parties contractantes supportent chacune les frais de leur arbitre et se partagent, à part égale, les autres frais. Sur les autres points, le tribunal arbitral règle lui-même sa procédure.

6. En ce qui concerne la citation et l'audition de témoins et d'experts, il y aura lieu d'appliquer dans chaque cas les dispositions pertinentes en vigueur entre les deux Etats contractants concernant l'assistance judiciaire.

#### *Article 20*

1. Le présent Accord est sujet à ratification. Les instruments de ratification devront être échangés à Prague dès que possible.

2. Le présent Accord entrera en vigueur le premier jour du troisième mois suivant le mois au cours duquel aura eu lieu l'échange des instruments de ratification.

3. Le présent Accord pourra être dénoncé à tout moment par écrit par la voie diplomatique; il cessera de prendre effet douze mois après sa dénonciation.

FAIT à Vienne, le 17 juin 1991, en deux exemplaires originaux, en langues allemande et tchèque, les deux textes faisant également foi.

Pour la République d'Autriche :

ERICH KUSSBACH

Pour la République fédérale  
tchèque et slovaque :

MAGDA VAŠÁRYOVÁ

---